

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 15 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 28. März 1931

### Der Klassenkampf der Bauunternehmer

**K**lassenkampf! Das Wort Klassenkampf stößt schon durch seine sprachliche Schärfe ab. Eine Klasse ist etwas streng vom anderen für sich Geschiedenes, mag das nun eine Schulklasse sein, eine Bildungs-Klasse oder eine gesellschaftliche Klasse. Klasse ist also die gewollt betonte Trennung. Bildung soll nicht trennen, denn dann verfehlt sie ihren Zweck und wächst sich ans in Bildungshochmut. Gesellschaftliche Klassenbetonung wirkt sozial verlegend. Ob der Obere seine Exklusivität herausstellt, ob der Untere sein Proletariatssein betont zur Schau trägt, immer wirkt es für den, der im Menschen ein Glied einer sittlichen Gemeinschaft, einer Volksgemeinschaft sieht, verlegend. Klassenkampf ist die überbetonte Herausstellung der berechtigten oder vermeintlichen Bedürfnisse der eigenen Wirtschafts- oder Gesellschaftsklasse, wobei die Bedürfnisse der anderen Klasse und auch der gesamten Gesellschaft gewollt als minder wichtig und weniger berechtigt abgetan werden. Der Klassenkampf wird vom Sozialismus als sittliche Notwendigkeit bezeichnet, um das eigene Ziel zu erreichen und um den Gegenspieler zur Herausgabe der wirtschaftlichen und politischen Machtmittel zu zwingen. Klassenkampf ist also weniger ein Kampf mit geistigen Waffen, vielmehr Anwendung wirtschaftlicher und politischer Druckmittel zur Beugung des Gegners.

Mit dieser breiteren Erörterung des Begriffes Klasse und Klassenkampf haben wir ganz von selbst die Vorgänge gekennzeichnet, die seit nunmehr einem halben Jahre die deutsche Wirtschaft dauernd beunruhigen. Die Klassenkämpfer von der anderen Seite, die in ihrem Denken den Klassenkämpfern von links oder von unten absolut nicht nachstehen, haben die wirtschaftliche Krise zum Anlaß genommen, dem bescheidenen Aufstieg der Arbeiterschaft in den letzten Jahren eine ganz empfindliche Wunde zu schlagen und ganz besonders den Trägern dieses Aufstieges, den Gewerkschaften, wirtschaftlich ein Bein zu stellen und die mit dem Gewerkschaftsgedanken noch nicht fest verwachsenen Arbeiter wieder zur Selbstentfremdung aller menschlichen Rechte zu veranlassen. In den großen Industrien der Eisenverarbeitung, des Bergbaues, der Textilwarenherstellung ist Lohnabbau zwischen 6 bis 15 Prozent erreicht worden. In den kleinen Industrien hat man sich auch so langsam durch Lohnbewegt. In den letzten Wochen mußten auch die ältesten Träger des Gewerkschaftsgedankens und der praktischen Tarifidee, die Buchdrucker, sich einem Lohnabbau von 6 Prozent unterwerfen. Mit dem Ablauf des baugewerblichen Tarifvertrages mußte man nach Lage der Verhältnisse auch mit entsprechenden Abbauanträgen in unserem Beruf rechnen. Wir haben die sozial schwer wiegenden, wirtschaftlich aber dem Ziel doch nicht dienenden Lohnabbauanträge der baugewerblichen Unternehmer in den einzelnen Bezirken in den letzten Nummern der „Baugewerkschaft“ zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht.

Mit einer Einigung der Parteien konnte auf Grund solcher Forderungen nicht gerechnet werden. Immerhin durfte man die Hoffnung hegen, daß die Tarifämter oder wenigstens ein Teil von ihnen Schiedsprüche herausbrächten, die die sozialen Notwendigkeiten mehr berücksichtigen und die auch die wirtschaftlichen Wirkungen objektiver abschätzten als die Unternehmer es in ihrer antisozialen Verblendung tun. Auf Grund der nunmehr vorliegenden Schiedsprüche haben wir das Recht festzustellen: sie sind weder sozial noch wirtschaftsförderlich, sie sind aus einem geistig armeligen, schablonenhaften Denken entstanden; Untertanarbeit — keine unparteiische Tätigkeit, Stufenleiter zur sozialen Verelendung, Stufenleiter zu gelegentlicher Klassenkämpferischer Gegentat, Stufenleiter zu Lohnabbauversuchen überall dort, wo zu einem bestimmten Prozentsatz noch etwas fehlt, Stufenleiter zu einer neuen Gehaltsregelung der Beamten.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat einen Lohn- und Gehaltsabbau — letzteres mit Ausnahme der leitenden Beamten, der Selbstversorger — vorgeschrieben. Das Baugewerbe ist mit seiner Beschäftigungsgelegenheit immerhin in gewissem Umfange vom Wohlwollen der Industrie abhängig. Aber die Vorsitzenden der Tarifämter hätten doch, wenn sie unparteiisch ihres Amtes walten wollten, diese oder auch andere Anweisungen, Bindungen, Richtlinien oder wie man die unterirdischen Beeinflussungsmaßnahmen nennen mag, nicht gelten lassen dürfen. Die Schiedsprüche sind von uns abgelehnt. Was die zentrale Schiedsstelle an ihnen vielleicht noch ändern wird, kann bei Abschluß dieser Nummer noch nicht gesagt werden. Voraussetzungen können wir darüber in der nächsten Nummer berichten. Was aber heute vorliegt, das sind immerhin schon harte Steine des Anstoßes, die vollständig aus dem Weg zu räumen nicht möglich sein wird. Verlegend war das Verhalten mancher Unternehmervertreter bei Begründung ihrer Forderungen, aber das sind wir gewöhnt, das tut uns innerlich nicht weh. Verlegend wirkt für uns, wenn die als unparteiisch gewerteten Amtspersonen so trotz des Lebensrecht der Bauarbeiterschaft mißachten und damit neben sozialen Wunden auch noch das Vertrauen in die Objektivität der Behörden, die durch sie verkörpert werden, erschüttern. Wer in Würdigung der armeligen Jahresarbeitslöhne der Bauarbeiter den Mut aufbringt, diese noch um weitere 10 bis 15 Prozent abzumindern, wer die Deffektivität erneut in die Hoffnung einläßt, dadurch das Bauen wesentlich zu verbilligen, wer den Mietern neuer Wohnungen den falschen Wahn einimpft, nun zu wesentlich niedrigeren Mieten zu kommen, hilft zu einer Täuschung mit nachfolgendem bitteren Ausgang mit. Verantwortlich am sozialen Elend der Bauarbeiterschaft, verantwortlich an trügerischen Hoffnungen der Bauherrschaften und Mieter sind die Produzenten solcher „Schiedsprüche“, solcher Fehlsprüche. In der Erkenntnis, daß vornehme Kampfesformen auch im Wirtschaftsleben letzten Endes den eigenen Zielen am dienlichsten sind, haben wir uns bemüht, alle unnötigen Schärpen in diesem Kampf zu unterlassen. Von manchem Unternehmervertreter ist nicht so gehandelt. Aber auch die Schiedsprüche atmen keinen vornehmen Geist. Vornehm ist, bestimmte Situationen nicht engstirnig bis zum letzten Quentchen auszunutzen, vornehm ist, auch den mitkommen zu lassen, der geringere wirtschaftliche Machtmittel und weniger soziale Festpolster hat, vornehm ist, bei allen notwendigen Entscheidungen auch die Auswirkungen auf den Betroffenen zu berücksichtigen, auch zwischen sich selbst und dem Betroffenen die Klüft nicht betont zu vergrößern. Die ausschlaggebenden Unparteiischen waren fast durchweg beamtete Personen. Ihre festen Einkommen, verantwortet durch den Begriff „der wohlverordneten Rechte“, stehen ungeheuer weit über denen der baugewerblichen Facharbeiter. Geistige Arbeit, verantwortliche Tätigkeit soll auch von uns nicht schablonenhaft mit irgendeiner anderen Tätigkeit verglichen werden, obwohl es heute sehr oft eine Ueberbewer-

tung sogenannter geistiger Tätigkeit und eine bedauerliche Unterbewertung der Handarbeit gibt. Zwischen 8- und 16 000 Mark werden die Jahreseinkommen derer liegen, die das bescheidene unter 1500 Mark liegende Jahreseinkommen der Bauarbeiter glaubten um 10—15 Prozent kürzen zu müssen. Was diese unparteiischen Vorsitzenden nach ihrer sogenannten objektiven Erkenntnis der Bauarbeiterschaft an Abbau des Einkommens zumuten, werden sie sicher als objektive Menschen für ihre eigene „Klasse“ gar recht halten. Der Staatsdiener kann und will doch nicht als parteiisch, als besonders egoistisch angesehen werden. Nun, wohlan denn! Schwerer wie das Baugewerbe leidet der Staat. Für die Beamten ist durch die beamteten Unparteiischen mit diesen Schiedsprüchen ausgesprochen, was im Mindestmaß auch bei ihnen noch im Abbau möglich ist. Nur keine Ausreden! Nur keine geistigen Gliedervertenkungen! Wenn man uns die Berechtigung dieser Schlußfolgerung bestrittet, gibt man den Fehlspruch um so mehr zu.

Ueber die Berufungen der Parteien gegen die Schiedsprüche der Tarifämter muß nunmehr die zentrale Schiedsstelle am 24. März und an den folgenden Tagen befinden. Wir wünschen, daß dort objektiver und weitblickiger gehandelt wird als bisher. Wir brauchen unsere gut begründeten Ansichten vor unserem Leserkreis hier nicht zu wiederholen. Wir können nur immer wieder warnen vor Dummheiten. Dummheiten der Unternehmer hätten nicht zu Dummheiten der Tarifämter auszuarten brauchen. Dummheiten der Tarifämter sollten nun wenigstens nicht an der zentralen Schiedsstelle sanktioniert und damit „formales Recht“ werden. Die zentrale Schiedsstelle hat eine große Verantwortung!

Die Entscheidungen der zentralen Schiedsstelle sind nicht endgültig. Wir werden sie auf ihre soziale Wirkung zu prüfen haben. Wenn durch sie der wirtschaftliche Friede im Baugewerbe erreicht werden kann, wenn tragbare soziale Auswirkungen in Kauf genommen werden können, werden wir uns gegebenen Zeitnotwendigkeiten nicht verschließen können. Wenn wir sie ablehnen müssen, dann sind wir uns der Verantwortung für unsere Berufskollegen und für das gesamte Baugewerbe durchaus bewußt. Dann werden möglicherweise Behörden offiziell sich mit der Lohnregelung befassen. Solche behördlichen Lohnbindungen sollen auf die äußerlich Widerstrebenden durch ihre innere Objektivität wirken. Sie werden dann verjähren, abgleiten. Andernfalls werden sie Gefährhüte, neue Anreize zum Klassenkampf, ungewollte Hilfe zur Klassenverschärfung, die der soziale Volksstaat am wenigsten vertragen kann.

Die Verhandlungen zum Reichstarifvertrag für Holz-, Beton- und Tiefbauarbeiten sind am 18., 19. und 20. März fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Ueber die Einzelheiten kann, weil die neuen Formulierungen noch redaktionell festgelegt werden müssen, erst in der nächsten Nummer berichtet werden. Die Unternehmervertreter haben auch noch den Versuch unternommen, die Begriffsbestimmung der in den Bezirkstarifen festgesetzten Beschwernezuschläge so zu formulieren, daß ihr Wert herabgesetzt wäre. Das ist ihnen nicht gelungen.

### Weitere Schiedsprüche der bezirklichen Tarifämter

#### Württemberg.

Am 14. März wurde in Stuttgart verhandelt. Eine mehrtägige Geschäftsordnungsdebatte war die Einleitung. Der Arbeitgeberorganisation war der von ihnen ursprünglich genannte Befehl Herr Dr. Aufrecht wahrheitsgemäß zu aufrecht, und sie kamen mit einem andern Befehliger daher. Ein Schiedspruch kam nicht zustande, ihre Lohnabbauforderung war 25 Prozent, was beim Spitzenlohn 33 Pfg. Minderung bedeutet.

#### Baden.

Hier war auf Parteiverhandlungen verzichtet. Das Tarifamt tagte am 16. März in Karlsruhe. Ein Rüber-

kommen unter den Parteien war unmöglich. Das Tarifamt fällt unter dem Vorsitz des Obergewerberats Henschel mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schiedspruch, der einen Lohnabbau von 13 Prozent vorsieht. Eine Lohnminderung von 17 Pfg. für Facharbeiter würde die Folge sein. Der Schiedspruch ist unsererseits als sozial und wirtschaftlich unbegreiflich abgelehnt.

#### Bayern.

Mit den Stimmen der Arbeitgeber fällt der Vorsitzende einen Schiedspruch, der einen Abbau der Löhne um 13 Prozent ermöglichen will. Der Schiedspruch ist unsererseits abgelehnt.

**Bayern.**

Am 16. und 17. März wurde in München unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landeschlichters Böhm vor dem Tarifamt verhandelt. Nach langen Verhandlungen kam ein Schiedspruch zustande, der eine Lohnminderung von durchschnittlich 8 Prozent vorsieht und die festeren Spannen zwischen den Ortsklassen und innerhalb der Berufsgruppen erneut festlegt.

**Ostpreußen.**

Hier wurde am 16. und 17. März verhandelt. Die Arbeitgeber vertraten wiederum 36 Pfg. Abbau im Spigenlohn. Für diese soziale Ungezogenheit mußten sie sich sehr bittere Wahrheiten sagen lassen. Ein Schiedspruch kam nicht zustande.

**Braunschweig.**

In der am 14. März stattgefundenen Tarifamtssitzung wurde nach Scheitern der Parteibesprechungen unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium ernannten Schlichters, Amtsgerichtsrat Vichtenstein (Hannover), mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Schiedspruch zustande gebracht, der in der obersten Ortsklasse einen Lohnabbau von 129 Pfennig auf 114 Pfennig = 15 Pfennig, und in der untersten Ortsklasse von 93 auf 83 Pfg. = 10 Pf. gleich 10,7 Prozent für Facharbeiter vorsieht. Der Schiedspruch wurde von uns gleich abgelehnt.

**Nordwestdeutschland.**

Unter dem Vorsitz des in Braunschweig tätig gewesenen Unparteiischen wurde in Hannover für Nordwestdeutschland verhandelt. Ein Näherkommen der Parteien war unmöglich. Mit den Stimmen der Arbeitgeber kam ein Schiedspruch zustande, der einen Abbau der Facharbeiterlöhne von 131 auf 116 Pfg. = 15 Pfg. = 11,5 Prozent vorsieht. Der Spruch ist unsererseits sofort abgelehnt worden.

**Untermeiser-Ems.**

Verhandlung vor dem Tarifamt sollte in Bremen stattfinden. Der vorgesehene Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Vichtenstein (Hannover) hatte durch seine Schiedsprüche in Braunschweig und Hannover bewiesen daß man das, was als freie Schlichtertätigkeit erwartet werden muß, von ihm nicht mehr erwarten konnte. Es fand sich kein Arbeiterbeisitzer, der sich auch nur zu seiner Linken sehen wollte. Die Bekanntgabe dieser Tatsache mag dem Herrn selbst und denen, die ihn geschickt haben, eine zwar bittere, aber doch herzhaftige Mahnung sein.

**Sommern.**

Die Verhandlungen vor dem Tarifamt fanden am 16. März in Stettin statt. Vorsitzender war der vom Reichsarbeitsministerium ernannte Regierungsrat Tincanzer. Ein Schiedspruch sieht einen Lohnabbau für Stettin und Ortsklasse A von 10 Prozent vor, was einer Lohnerniedrigung von 13 bzw. 12 Pfg. für Facharbeiter gleichkommen würde. Der Schiedspruch ist arbeiterteils abgelehnt.

**Groß-Berlin.**

Die am 17. März stattgefundenen Verhandlungen vor dem Tarifamt dauerten bloß 8 1/2 Stunden. Herr Dr. Rielenz präparierte einen Gedanken, daß bei dem von ihm gewünschten Lohnabbau über 7000 Arbeiter mehr beschäftigt werden könnten. Wir waren nicht so großen Glaubens. Der amtlich ernannte Vorsitzende, Regierungsrat Tincanzer, brachte mit den Arbeitgebern einen Schiedspruch heraus, der 15 Prozent Lohnabbau vortreten will. Nachdem das nicht ganz an die Forderung des Herrn Rielenz herantastet, wird auch die Zahl der mit Lohnabbau Mehrbeschäftigten nach Rielenzischer Rechnung geringer werden. Der Schiedspruch muß abgebaut werden, dann wird in Berlin die Zahl der Mehrbeschäftigten noch über 7000 hinausgehen. Mit scheinheiligem Augenblick haben die Arbeitgeber den Schiedspruch, der zwar ihren Wünschen nicht ganz gerecht geworden war, angenommen. Die arbeiterteilige Entrüstung und teilweise spontane Kampfundrohung wog ein zu beachtendes Signal sein. Wir haben von dem Vorsitzenden eine Begründung verlangt. Antwort: Die gäbe er nicht, dazu sei er nicht verpflichtet. Eine ehrliche Antwort hätte wohl so lauten müssen, daß man eine Begründung mangels sittlicher Verantwortung für diesen Schiedspruch nicht geben kann.

**Greuzmarkt.**

Das Tarifamt tagte am 19. März. Der in Berlin nach Stettin bereits unheilvoll tätig gewesene Vorsitzende brachte hier mit den Arbeitgebern einen Schiedspruch heraus, der den Facharbeiterlöhnen von 107 auf 94 Pfg. = 13 Pfg. ermäßigen will, und den armen Tiesbauarbeiterlöhnen von 68 Pfg. auf 61 Pfg. drücken will. Nicht diskussionsfähig.

**Sachsen-Anhalt.**

Hier präsiidierte Herr Regierungsrat Dr. Wiesel (Weimar) vom thüringischen Wirtschaftsministerium. Die Arbeitgeberforderungen verurteilte Herr Dr. Pohl von Magdeburg mit Allgemeinplätzen zu fügen. Der Vorsitzende informierte sich eine Viertelstunde bei den Arbeitnehmern und drei Stunden bei den Arbeitgebern. Sein Schiedspruch mit den Arbeitgebern sah dann auch demnach aus: 15 Prozent Abbau. Wir empfehlen der Reichsregierung Herrn Dr. Wiesel und Herrn Tincanzer als besondere Strategen für den nächsten Schlichtungsabbau der Bauern. Für uns sind solche Elaborate, auch wenn sie unter der Form eines Schiedspruches liegen, nicht diskussionsfähig. Ob es hier wie in Berlin an der Sachkenntnis oder an der Objektivität im besonderen Maße geknickt hat, mögen sich die kritischen Beobachter selbst

einmal im stillen Kämmerlein überlegen.

**Rahgebiert.**

Verhandlung am 18. März. Der Arbeitgeberantrag auf 30 Prozent Lohnabbau wurde aufrechterhalten. Mit den Arbeitgeberstimmen erging dann Schiedspruch auf 15 Prozent Lohnabbau, was rund 20 Pfg. Lohnminderung am Spigenlohn bedenten würde. Abgelehnt.

**Sieg-Lahngebiet.**

Die rechte Seite und die vorkündende Mitte brachten nach der 32prozentigen Abbauforderung einen Schiedspruch mit 12 Prozent Abbau heraus. Abgelehnt.

**Hann.**

Die 30prozentige Abbauforderung wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber und des Vorsitzenden in einen Schiedspruch auf 11 Prozent Lohnabbau geändert. Auch hier konnten wir nur verneinen.

**Freistaat Sachsen.**

Das Tarifamt trat am 21. März in Dresden zusammen. Nachdem in den benachbarten Tarifgebieten Sachsen-Anhalt und Ost-Thüringen Abbauschiedsprüche mit 15 Prozent gefällt waren, mußte mit schwierigen Verhandlungen auch bei uns gerechnet werden. Mit den Arbeitgeberstimmen wurde dann auch ein Schiedspruch gefällt, der den Lohn in der Spitze um 14,4 Prozent senken will. Zur Ablehnung brauchten wir nicht bis zu der vorgezeichneten Frist zu warten.

**Thüringen.**

Wie bereits berichtet, hat sich der Hochbauverband zu Verhandlungen nicht gestellt. Der Tiefbauverband kommt nur für eine so geringe Zahl von Unternehmern und Arbeitern in Frage, daß ein Schiedspruch praktisch keine Bedeutung hätte. In diesem Sinne ist arbeiterteils so lange auf Verhandlung verzichtet, bis der Hochbauverband sich zu einer Beteiligung bequemt.

**Westdeutschland.**

Die Unternehmer des Baugewerbes sind hier bis zu einem gewissen Grad Vorposten und Hörige der Großindustrie. Diese hatte denn auch in das am 21. März in Dortmund zusammengesetzte Tarifamt ihren ersten Vertrauensmann, Staatsanwalt a. D. Grauert, entsandt. Herr Grauert ist Exponent der Ausperrung in der nordwestlichen Eisenindustrie von 1929. Die unter Bruch eines allgemeinverbindlich erklärten Schiedspruches zustande kam. In diesem Sinne hat er auch in den letzten Jahren die Lohnabbaupolitik der nordwestlichen Eisenindustriellen verfolgt und erst lehtlin wieder bei Schließung der Duisburg-Weidischer Hütte den Standpunkt des Diegens oder Brechens petreten. Mit seiner Stimme kam ein Arbeitgeberschiedspruch auf Kürzung des Lohnes um 12 Proz. zustande, wodurch der Lohn des Maurers in der höchsten Ortsklasse auf 114 Pf., der Lohn des Tiefbauarbeiters auf 71 Pf. herabgedrückt würde. Im Bezirksrat wollen die Arbeitgeber noch außerdem eine bedeutende Umgruppierung der sieben Lohnklassen, wodurch sie einen Abbau der Stundenlöhne bis zu 52 Pf. erzielen wollen.

Für die weiteren Tarifgebiete stehen bei Redaktionschluss die Berichte noch aus, teilweise ist auch noch nicht verhandelt.

**Auftraggeber schreiben an die verkehrte Adresse**

Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein. So lautet die Inschrift auf dem Krupp-Denkmal in Essen. Wenn man liest, welche Lohnabbauforderungen die Unternehmer im Baugewerbe gestellt haben, dann möchte und kann man diesen Wahlspruch Krupps in die Worte kleiden: „Der Zweck der Arbeit soll mein Wohl sein“. Um ihr „Gemeinwohl“, ihren Eigennutz, zu erreichen, lassen sie sogar fingierte Bauherrschaften für sich aufstellen. So erschien am 12. März in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Essen ein Artikel mit der Ueberschrift „Die Senkung der Bauarbeiterlöhne eine zwingende Notwendigkeit“, der von „Auftraggeberseite“ geschrieben sein soll. Es ist doch schon ziemlich weit mit den Arbeitgebern bzw. mit den Arbeitgeberverbänden gekommen, wenn sie heute schon den Schutz für ihre Bahntunnsforderungen bei den „Auftraggebern“ holen. Wir haben das Gefühl, als wenn sich hinter diesem Auftraggeber Bauunternehmer bzw. Verbände verstanden, die mit mehr oder weniger Demagogie und mit mehr oder weniger Kenntnis von wirtschaftlichen Dingen“ die Deffentlichkeit für ihre eigenen, sich selbst richtenden Forderungen einnehmen wollen. Auf Deutsch nennt man anonymes Geschreibsel Feigheit.

Zur Abfuhr für diese anonymen „Heiden“ und zur Information der Deffentlichkeit sind einige Entgegnungen notwendig:

Wir hatten es für unsere Pflicht, an die wirtschaftliche Vernunft der Bauarbeitergewerkschaften zu appellieren, heißt es in dem fraglichen Elaborat. Zur Verhütung dieses „Auftraggebers“ können wir mitteilen, daß wir uns unsere wirtschaftliche Vernunft schon bewahren; würden wir wirtschaftliche Vernunft so anjassen wie die Arbeitgeber, dann wäre das Chaos schon längst da. Für uns ist allerdings erster Grundsatz der, daß die in der Wirtschaft Tätigen auch durch ihre Tätigkeit ein menschenwürdiges Dasein führen können. „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.“ Weiterer Grundsatz für uns ist, daß die Rationalisierung nicht nur Wenigen, sondern der Gesamtheit zum Vorteil gereichen muß. Nicht die Wirtschaft um der Wirtschaft willen, sondern die Wirtschaft um der Menschen willen, ist für uns das Pri-

märe. Daß wir im Güterreichtum ersticken und dabei Millionen Menschen darben, ist bestimmt kein Ruhmestitel für geistreiche Wirtschaftsführung. Es wäre den Auftraggebern sehr zu empfehlen, sich einmal etwas mehr mit der harten Realistik des Lebens der Bauarbeiterchaft zu beschäftigen, sie brauchen nur das Nominaleinkommen der Bauarbeiter etwas zu studieren. Wenn sie dann einmal eine Parallele mit ihrem eigenen Einkommen ziehen und dabei nur in etwa konsequent wären, dann würden sie schon in bezug auf den „hohen“ Bauarbeiterlohn zur Einsicht kommen. Der erste Grundsatz jeglichen Handelns soll Ehrlichkeit sein. Es zeugt aber nicht von Ehrlichkeit, wenn man den Bauarbeiterlohn stundenmäßig gesehen als Einkommen betrachtet, obwohl man weiß, daß das Jahreseinkommen eines Bauarbeiters nur den dritten Teil vom theoretisch möglichen Jahreseinkommen ausmacht. Es zeugt auch nicht von Ehrlichkeit, wenn man den Anschein erwecken will, die Industrie würde Bauten, die außerhalb der Rentabilitätsgrenze liegen, herstellen lassen, wenn der Lohn geringer wäre. Selbst wenn die Bauarbeiter noch, wie im Altertum, Sklaven wären, ein Lohnfaktor also nicht in Betracht käme, würde seitens der Industrie kein Bau hergestelt, der außerhalb der Rentabilitätsgrenze liegt. Es ist auch nicht ehrlich gehandelt, den Bauarbeiterlohn als doppelt so hoch wie in der Vorkriegszeit hinzustellen, obwohl man genau weiß, daß der Lohnanteil an den Baukosten gegenüber 1912/13 wesentlich gesunken ist. Es ist weiter nicht nur unehrlich, sondern hoshaft gehandelt, wenn man sagt, die Bauarbeiter erhielten vom dritten Tag der winterlichen Arbeitslosigkeit an Arbeitslosenunterstützung obwohl bekannt ist, daß zunächst für die Bauarbeiter während der Wintermonate eine bedeutend geringere Unterstützung festgesetzt worden ist, daß nur die wenigsten vom dritten Tag an Unterstützung erhalten. Aber ehrlich wäre es, wenn die R. W. Z. und die „Auftraggeber“ sich einmal ausrechnen würden, wie sich eine Zinsverbilligung für den Baumarkt auswirkt. Wenn weiter darauf hingewiesen würde, daß die Krise auf dem Baumarkt stark durch das Fehlen des Kapitals beeinflusst wird. Wenn weiter die der R. W. Z. und den anonymen Auftraggebern mehr wie den Bauarbeitern nahestehenden Kapitalverleiher, die der deutschen Wirtschaft das Blut entzogen haben, durch einen Appell der R. W. Z. und der „Auftraggeber“ eine neue Transfusion dieses verschobenen Kapitals zurück nach Deutschland vornehmen würden. Dieser Appell wäre wohl richtiger und nützbringender, wie ein „Appell an die Vernunft der Bauarbeitergewerkschaften“, der doch nur eine Taschenklopferlei ist.

R. Terhorst, Krefeld.

**Rührei und Schinken**

In dem inoffiziellen Unternehmerblatt „Der Baukurier“ Nr. 34, vom 19. März, schreibt Herr R. Schirmer unter der Ueberschrift „Feuerprobe des Schlichtertunsgewesens“: „Wir glauben nicht, daß es jemals eine Situation gegeben hat, in der man die zentralen Lohnverhandlungen mit mehr Recht als eine Feuerprobe für das Schlichtungswesen bezeichnen konnte. Das Maß der Verantwortung für die zentralen Schlichter wird dadurch noch vergrößert, nicht weniger aber das des Arbeitseministers, der mehr denn je dafür Sorge tragen muß, daß die Schlichter von jedem Dogma unabhängige Persönlichkeiten sind, die mit einem warmen Herzen für die Arbeitnehmer das nötige Maß von Erkenntnis für die ehernen Gesetze der Wirtschaft verbinden.“

Rührei für die Bauarbeiter, Schinken für die Unternehmer! Hohle Phrasen und mit angehängter Heipfeife für die zentralen Schlichter und den Reichsarbeitsminister. Werden sie den Mut haben, solchen Einbläsern die richtige Antwort zu geben?

**War die Baupolitik der Nachkriegsjahre falsch?**

Seltene Ansichten des Herrn Schacht.

Herr Dr. Hjalmar Schacht hat in diesen Wochen ein Buch über das Ende der Reparationen veröffentlicht. Das Buch enthält neben einigen fast allgemein anerkannten Wahrheiten eine Menge Schiefheiten. Herr Schacht hätte bei seinem eigentlichen Gebiet der Währungs- und Wirtschaftspolitik bleiben und sich nicht auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik, das er nur ungenügend beherrscht, begeben sollen. „Schuster bleib bei deinem Leisten.“ Dies treffliche Sprichwort gilt insbesondere von einer Behandlung bauwirtschaftlicher Fragen, die wirklich von keiner Sachkenntnis getrübt ist. Schacht sagt über die Bauwirtschaft u. a. etwa folgendes:

„Sie (die Sozialisten) wurden innerlich getrieben, durch die Wünsche der breiten Schicht industrieller Arbeiter in Deutschland, die ihre Hauptwählerhäufung ausmachten, lohnende Beschäftigung zu sichern. . . . Diese Beschäftigung wurde in der Hauptsache erzielt durch Erteilung von Bauaufträgen, deren Objekte eine wirtschaftliche Rente nicht abwarfen und auch in Zukunft nicht abwerfen werden. Zu jenen Luxusausgaben, bzw. nicht dringlichen Ausgaben, rechnet die seitens der deutschen Kommunen erfolgten Aufwendungen für den Bau von Stadien, Schwimmbädern, Grünanlagen, Schmuckplätzen, für Gelände- und Güterläufe, Messegebäude, Festhallen, Hotelbauten, Bürohäuser, Planetarien, Flugplätze, Theater- und Museumsbauten usw.“

Aber auch was Deutschland für den bloßen Wohnungs-

### Carl Jansen †

Am 20. März starb 49jährig nach mehrmonatlichem, schwerem Leiden Kollege Carl Jansen, Schriftleiter am „Zentralblatt“ der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Mit ihm verliert unsere christliche Gewerkschaftsbewegung einen der Besten, der Selbstlosesten, einen von denen, die in ihrer Person Wesen und Wollen der Bewegung verkörperten. Kollege Jansen wurde schon in der Jugendzeit der Bewegung von seinem Berufsverband der Holzarbeiter auf verschiedene Außenposten gestellt und hatte später die Leitung des Verbandsorgans, die Gesamtbewegung übertrug ihm 1919 die Schriftleitung des „Zentralblatt“ mit allem Drum und Dran eines Gesamtverbandsangehörigen. Sein universales Denken, sein hochgeistiges Verstehen aller Einzelnotwendigkeiten in dem vielgliederten Bau unserer christlichen Gewerkschaftsarbeit fand hier das passendste Arbeitsfeld. Unserm Verband und unsern besonderen Bestrebungen war er stets ein besonderer Freund. Dem Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften stand er als Vorsitzender vor. Wenn es galt, Rechte der Arbeiterschaft durchzusetzen, war der ruhige Weisheit von einer unerbittlichen, manchmal harten Fähigkeit. Der Eichbaum ist gefallen. Im Schatten seiner Geistesarbeit wollen wir weiterarbeiten, dann handeln wir in seinem Sinne und ehren ihn am wirksamsten!

Bau ausgegeben hat, erweist sich als weit übertrieben und unwirtschaftlich. Zahlreiche neuerbaute Kleinwohnungen stehen heute leer, weil die Arbeiter nicht imstande sind, die zur Verzinsung erforderlichen hohen Mieten aufzubringen. Eine Wohnungsnot ist nur noch relativ, d. h. an einzelnen Plätzen, vorhanden, nicht aber für das Reich als Ganzes gesehen. Nur durch eine solche unrentable Verwendung von teils erspartem, teils geborgtem Gelde ist das unheimliche Gespenst der Arbeitslosigkeit, teilweise und für kurze Zeit, gebannt worden, das nun mit bereits 5 Millionen Erwerbslosen immer drohender sein Haupt erhebt. Diese Wohnungs- und Baupolitik hat sich in erster Linie auf die großen Städte erstreckt. Welche schädlichen Gesamtwirkungen dies auf die Sozialstruktur der deutschen Nation ausübt, ersehen wir daraus, daß in den Jahren 1924 bis 1929 einschließlich mindestens drei Viertel Millionen Menschen vom Lande und von den kleinen Ortschaften in die großen Städte abgewandert sind und dort das Proletariat vermehrt haben.

Wir gestehen gern, daß auch wir, die wir keine Sozialisten sind, uns immer stark für eine ausgedehnte Bautätigkeit eingesetzt haben. Wir glauben allerdings, richtiger gehandelt zu haben, als wenn wir der nachträglichen Mahnung von Herrn Schacht gefolgt wären. Wir fragen, was würde aus den Hunderttausenden von Menschen, die in der Bauwirtschaft Beschäftigung haben, was würde aus den abermals von Hunderttausenden von Menschen, die durch die rege Neubautätigkeit menschenwürdige Wohnungen erhalten haben, geworden sein, wenn in den Nachkriegsjahren nicht oder nur wenig gebaut worden wäre? Wir zweifeln sehr, ob sich Herr Schacht (wenn es anders gewesen wäre), so sorglos seines Lebens freuen könnte. Was würde aber auch aus der deutschen Volkswirtschaft geworden sein, wenn nicht durch die rege Bautätigkeit andere Industriezweige entscheidend befruchtet worden wären. Daß im übrigen manches gebaut worden ist, was zu Zeiten der Not besser unterblieben wäre, haben wir oft genug bemängelt, als daß wir uns dazu zu äußern brauchen. Der Vorwurf jedoch, daß es sich bei den Bauten der Gemeinden nur um Luxusbauten gehandelt habe, ist eine maßlose Übertreibung. Ist denn für die wirtschaftliche Bedeutung eines wirtschaftlichen Produktes nur die Rente maßgebend, die es abwirft? Ist es nicht volkswirtschaftlich bedeutend wichtiger, daß durch gute Wohnungen, durch Anlage von Schwimmbädern, Sportplätzen usw. die Gesundheit der arbeitenden Menschen erhalten bleibt und gestärkt wird? Ist Kapital, das die besagte Wirkung hat, wirtschaftlich falsch angelegt? Wenn das der Fall wäre, und wenn nur die Höhe der privatwirtschaftlichen Rente für die wirtschaftlich richtige Anlage von Kapitalien maßgebend wäre, müßten wir uns allerdings geschlagen geben. Auf einem solchen Tiefstand der wirtschaftlichen Betrachtung hoffen wir jedoch noch nicht angehangen zu sein. Jedenfalls würde sich die Arbeiterschaft aufs schärfste dagegen zur Wehr setzen.

Daß der Wohnungsbau unproduktiv sei, hat Herr Schacht auch schon früher gemeint, und er hat daher alles getan, um Auslandskredite für die Bauwirtschaft zu verhindern. Ob wir auch dann, wenn das nicht geschehen wäre, eine Arbeitslosigkeit im heutigen Umfang hätten, lassen wir dahingestellt. Wir haben aber nicht die Befürchtung, daß wir dann heute zuviel Wohnungen hätten. Im Gegensatz zu Herrn Schacht glauben wir, daß die Wohnungsnot auch heute noch von ganz ungeheurem Umfang ist. Dagegen kann nicht geltend gemacht werden, daß heute viel Wohnungen leer stehen. Diese Tatsache besagt nämlich nichts für den Wohnungsbedarf, dagegen sehr viel für die schlechte Lage, in der sich die Arbeiterschaft befindet. Die Wohnungsmieten sind gegenüber dem durchschnittlichen Einkommen zu hoch. Was wiederum

### Am 28. März 1931 ist der dreizehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

nicht wieder, wie auch Herr Schacht wohl annimmt, an den „überhöhten“ Baukosten, sondern vielmehr an den hohen Zinsen liegt. Hier wäre übrigens ein Gebiet, dessen sich der ehemalige Reichsbankpräsident als Sachmann annehmen könnte. Er würde damit der Wirtschaft einen größeren Dienst tun als mit einem fragwürdigen Buch. Die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit liegen allerdings zum Teil in Kapitalfehlleitungen. Das fehlgeleitete Kapital befindet sich jedoch nicht in der Bauwirtschaft, sondern in den nichtverwertbaren Anlagen der großen Kartelle und Syndikate. — Daß die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte mit der Bautätigkeit in diesen nichts zu tun hat, sondern in der Notlage der arbeitenden Menschen auf dem Lande ihre Hauptursache hat, wollen wir nur nebenher erwähnen. Sind Herrn Schacht die Einraumwohnungen auf den Gutshöfen des deutschen Ostens, sind ihm die unsozialen, fast an Zeiten der Leibeigenschaft erinnernden Verpflichtungen der ostdeutschen Landarbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern in bezug auf Bestellung von Hilfskräften, sind Herrn Dr. Schacht die teilweise jedem Anstand und Sitte widersprechenden Schnitterkafertnen und Unterkünfte für Knechte und Mägde nicht bekannt?

„Vom sichern Vort läßt sich gemächlich raten.“ Herrn Schachts Existenz ist gut fundiert, er leidet für seine Person nicht an Wirtschaftsjorgen. Wir raten ihm, einmal in die Elendsviertel unserer Großstädte hinabzusteigen und dort unmittelbar mit dem Leben der breiten Volksschichten Fühlung zu nehmen. Vielleicht dämmert ihm dann langsam die Einsicht, wo das Kapital vom volkswirtschaftlichen, aber auch vom politischen Standpunkt aus, richtig angelegt wird. Aber es scheint schwer, sich aus der privatwirtschaftlichen Denkweise zu lösen. Bis eines Tages die Katastrophe über uns hereinkommt.

### Tarifverhandlungen für das Dachdeckergerber

Als die ehrsamten Meister des Dachdeckerhandwerkes kürzlich in Nürnberg zu ihrem Verbandstage versammelt waren, klagten sie sich gegenseitig ihre Not und sprachen sich Mut zu. Die gehaltenen Reden zeugten von sehr großer Tarifabneigung. Ein Herr Rhode-Egeln z. B. vertieg sich zu nachfolgenden Redebüten:

„Solange die Lohnaufwärtsbewegung war, ist es immer noch gegangen. Aber jetzt wo es heißt, abwärts, da wird auf der gegnerischen Seite ein Radau entstehen, so ähnlich wie bei den Verhandlungen im Reichstag.“ Und an einer anderen Stelle sagt der Bericht über Herrn Rhode-Egeln: „Es gibt daher nur zwei Möglichkeiten, entweder vernünftige Verhandlungen oder wenn nicht, eine tariflose Zeit. Diese meine Herren wäre das einzige, was uns nach meinem Dafürhalten etwas Ersprießliches bringen wird. Gibt es doch dann für uns die Gelegenheit, endlich mal abzurechnen mit den wie Pilze aus der Erde aufgeschossenen Scharwerkern, — Aufmeißlern und sonstigen Kreaturen.“ — Herr Kessel-Seligenstadt sprach sich besonders scharf für Gleichstellung des Dachdeckers mit dem Maurerlohn aus. — Herr Werner-Stettin wünschte die Freiheit der örtlichen Lohnregelung. Weitere Redner bezeugten sich in demselben Fahrwasser und derselben Tonart. Zum Schluß die obligate Entschließung, die die Bereitwilligkeit zum Verhandeln ausdrückt, jedoch dem Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages voraussetzt, daß er so ausfallen muß, daß er „eine Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten im weitesten Maße gewährleistet.“

Am 16. März fanden dann auch die Verhandlungen über eventuellen Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages in Berlin statt. Von dem von Herrn Rhode befürchteten Radau — wie im Reichstage — war nichts zu vernehmen. Es ging im allgemeinen sehr gestillt und anständig zu. Die gehaltenen Reden hätten vielleicht sogar dem Reichstage als Vorbild dienen können. In der Sache selbst forderten die Arbeitgeber einen gewaltigen Lohnabbau, redeten aber immer darum herum, ohne auch nur einmal Zahlen, sei es Pfennige oder Prozente, bei ihrem gewaltigen Abbauwille zu nennen. Zwischendurch klang nur immer, die Lohnsenkung muß so rapide sein, daß dadurch die Gewähr einer starken Befestigung des Dachdeckerhandwerks gegeben ist; es soll möglich sein, in dem Moment, wo Dachdeckerlohn und Maurerlohn gleichsteht, wo auch das kleinste Plus zum Maurerlohn verschwunden ist.

Da man über die Erörterung der Lohnfrage nicht hinauskam, arbeitgeberseits auch nicht hinauskommen wollte, mußten die Verhandlungen scheitern. Herr Rhode-Egeln bekommt also vielleicht seinen Wunsch nach einer tariflosen Zeit erfüllt. Ob damit aber die gewaltige Abrechnung mit den Scharwerkern, Aufmeißlern und sonstigen Kreaturen in Erfüllung geht, kann man mit gutem Recht bezweifeln. Wir fürchten vielmehr, daß diese Elemente gerade in einer tariflosen Zeit mit gewaltig gestiegenen Löhnen erst recht wie Pilze aus der Erde schießen werden und vielleicht Herrn Rhode und so manchen anderen seiner Freunde sehr schwer bedrängen

oder gar erdrücken, weil eben der gewaltige Lohndruck, welcher einsetzt. So manchen Dachdeckergefelln verleiten wird lieber in den Augen des Herrn Rhode und seiner übrigen Freude „Kreatur“ zu werden. Er hat dann bessere Lebensmöglichkeiten als Dachdeckergefelln Rhodescher Auffassung.

### Das Ende der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit

Ein Erlass des Reichsarbeitsministers setzt das Ende der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit für den Winter 1930/31 auf den 28. März 1931 fest. Damit fallen von diesem Tage an die Beschränkungen für die unter die „berufsbüchlich Arbeitslosen“ fallenden Berufe hinsichtlich der Unterstützungshöhe fort. Einschlägig ist hier § 107 a des ABMG, wonach die auf Grund der Lohnhöhe zuzählenden Sätze der Lohnklasse VII nach den Sätzen der Lohnklasse VI, der Lohnklasse VIII und IX nach den Sätzen der Lohnklasse VII und der Lohnklassen X und XI nach den Sätzen der Lohnklasse VII maßgebend waren. Die Unterstützungssätze müssen also in Höhe der errechneten Lohnklasse gezahlt werden.

### Warnung vor einem Schwindler!

In einigen Zeitungen der Eifel, so auch im „Eus-Kirchener Volksblatt“, befand sich folgende Annonce:

Nach Holland

suchen wir bei einem Stundenlohn von 1,— bis 1,20 holländische Gulden:

50 bis 60 Erdarbeiter, 40 Maurer- und Betonarbeiter, 20 Schlosser und Installationsarbeiter, 10 bis 12 Schreiner und Zimmerer, 4 bis 6 Vorarbeiter bzw. Aufseher, 5 Kleinlokomotiv- und Kranführer, 2 Buchhalter(innen) sowie 10 Chauffeure und Beifahrer für Personen und Lastwagen.

Anmeldungen sofort, unter Angabe von Alter, Beruf, letzte Beschäftigung und unter Hinzufügung von 0,30 holl. Gulden bzw. 0,50 RM. Rückporto an Niederländische Hoch-, Tief-, Hafen- u. Kanalbau A.-G., Amsterdam, Gelderschelede 2.

Jahrespreis wird zur Hälfte vergütet, bedingungsweise im voraus.

Unsere Bezirksleitung Köln, welche der Angelegenheit nicht traute, hat sich sofort an die Bruderorganisation in Holland gewandt und erhält folgende Nachricht:

„In der angegebenen Adresse „Gelderschelede 2“ befindet sich eine Pension, wo ein Deutscher sich eingemietet hat. Ueber tausend Briefe sind bereits eingegangen, als wir die Sache unteruchen ließen. Circa 30 Deutsche haben die Fahrt nach Amsterdam bereits auf eigene Rechnung unternommen. Während unser Vertrauensmann die Sache prüfte, kamen wieder zwei deutsche Männer nachfragen, sie hatten ebenfalls die Fahrt aus Deutschland verabredet gemacht. Die holländische Kriminalpolizei sucht den Schwindler, derselbe ist aber schon geflüchtet.“

Die deutschen Arbeiter seien hiermit dringend gewarnt, ohne vorherige Information einzuholen, auf solche Annoncen einzugehen, da sich aus der ganzen Aufmachung solcher Annoncen schon ohne weiteres ergibt, daß sie auf Schwindel aufgebaut sind. Dem Schwindler geht's um die „Berwertung“ des eingeforderten Betrages für Rückporto.

### Ein Brief Stegerwalds über den Lohnabbau

Bei den Verhandlungen über einen Neuabschluss der von den Arbeitgebern gekündigten Lohnverträge wird vielfach von den Arbeitgebern darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung eine Zurückführung der jetzt gezahlten Löhne und Gehälter auf das Lohnniveau des Jahres 1927 wünscht. Diese Auffassung zahlreicher Arbeitgeberverbände hat der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Fahrtenbrach, M. d. R., zu einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister benutzt. Der Reichsarbeitsminister hat unterm 24. Oktober 1930 geantwortet.

Der Reichsarbeitsminister.

Berlin RW 40, den 24. Oktober 1930, Scharnhorststraße 35.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Auf Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1930 übersende ich Ihnen in der Anlage eine Abschrift meiner Ausführungen, aus denen die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von München-Gladbach, Rhendi und Umgegend in ihrem Schrifttag vom 6. Oktober 1930 an das Arbeitsgericht in München-Gladbach einige Sätze entnommen haben. Wie Sie ohne weiteres erleben, sind die mitgeteilten Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und geben so den Sinn meiner Ausführungen entstellt wieder. Ich habe lediglich ausgeführt, daß es im Jahre 1927 Aufgabe der Regierung gewesen wäre, damals die gekamte Lohn- und Gehaltspolitik für einige Jahre zu stabilisieren und dem Preisabbau die größte Sorgfalt zuzuwenden. Gerade im Preisabbau habe ich seit 1926 das Gebot der Stunde gesehen. Da man aber bei der Beamtenbesoldungsreform

das dauernd mögliche und vertretbare Ausmaß überschritten hat, war es nicht zu vermeiden, daß auch die Lohnbewegung ihren Fortgang nahm. Ich bin davon überzeugt, daß, wenn man der Frage des Preisabbaues damals die nötige Aufmerksamkeit zugewendet hätte, heute die deutschen Arbeitnehmer auch ohne Lohnhöhungen in den Jahren 1928 und 1929 in ihrer realen Kaufkraft nicht schlechter dastünden, als es tatsächlich der Fall ist.

Wenn daher der erwähnte Schriftsatz der Arbeitgeberverbände meine Ausführungen dahin verstehen will, daß der seit 1927 in der Politik zurückgelegte Weg deswegen falsch sei, weil die Lohnbewegungen sich bis in das Jahr 1929 fortgesetzt hätten, so ist diese Auslegung irrig. Vielmehr sehe ich, wie sich auch aus meinen Ausführungen ergab, die entscheidende Ursache dieser Bewegung in der falschen Einstellung der Reichsregierung und des Reichstages in der Frage der Senkung der Preise.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
gez.: Stegerwald

### Aus dem Verbandsleben

**Magen.** Am 18. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Schriftführer, Kollege Math. Behring, erstattete den Geschäftsbericht vom verflohenen Jahre. Der Kassierer, Kollege Schmaltbach, erstattete den Kassenbericht, welcher für richtig befunden wurde. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Dann sprach Kollege Steinf-Koblenz über die jetzige Wirtschaftslage und die vor uns liegenden Tarif- und Lohnverhandlungen.

**Verbandsarbeit im Kreise Leobshüh.** Am Sonntag, dem 1. März, wurde in Leobshüh eine Vertrauensmänner-Konferenz abgehalten. Von den 32 Ortsgruppen der Verwaltungsstelle Weiffak entsandten 30 Ortsgruppen 31 Delegierte. Bezirksleiter Leuninger sprach über die wirtschaftliche und politische Lage. Er wies besonders auf die Krise auf dem Baumarkt hin, welche auch in diesem Jahre sich stark bemerkbar machen wird. Der 2. Vorsitzende des Arbeitsamts Neustadt, Herr Dr. Pichler, erläuterte die wichtigsten Fragen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Trotz der schweren Zeit, in der 50 Prozent unier Kollegen im Jahre 1930 arbeitslos waren, konnte man eine zuverlässige Stimmung und treues Zusammenarbeiten in unserer Bewegung feststellen. Zum Schluß appellierte Kollege Kojian an alle Kollegen, auch in diesem Jahre neue Mitglieder zu werben und unsern Verband vorwärts zu bringen.

**Hannover-Döhren.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 7. März statt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Edermann, der gleichzeitig auf die Lage des Baumarktes und die Forderungen der Arbeitgeber bezüglich des Lohnabbaues hinwies. Die Versammelten sprachen ihre Entrüstung aus über das Annehmen einer 20prozentigen Lohnkürzung. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Peter Heber gewählt. Die Versammlungen finden regelmäßig bei Witt Meyer, Landwehrstr. 91, statt, und zwar jeden ersten Sonnabend im Monat. Auch in Döhren wollen wir wieder vorwärtskommen.

**Glöckel.** Am 7. und 8. März fanden in unserm Verwaltungsstellengebiet eine Anzahl Mitgliederversammlungen statt. Kollege Einig be sprach die bisherigen Ergebnisse der Tarifverhandlungen, insbesondere die Lohnverhandlungen für unser engeres Gebiet. Nach einer sehr regen zutragenden Aussprache wurde eine Entschließung gefaßt, die die Lohnabbauforderungen der Arbeitgeber mit Entrüstung als fälschlich und wirtschaftlich unberechtigt zurückweist. Nach dem Notjahr 1930 müsse ein erniedrigter Lohn zur vollständigen Verelendung führen, und jede Möglichkeit zu einer menschlichen und kulturellen Lebensweise unterdrücken. Hinter den Arbeitgebern des Baugewerbes sehen wir die Vertreter der Großindustrie, denen menschliches Empfinden und christlich-nützliche Gesetze von jeher fremd waren. Notwendig wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit, um die geringe Arbeitslosigkeit möglichst vielen Arbeitsbereiten zuzulassen. In unserer Verhandlungsinstanzen und unserer Verbandsleitung haben wir volles Vertrauen. Die übrige Arbeiterchaft im Gebiet möge unsern Kampf dahin werten, daß von einer Verschlechterung unserer Verhältnisse auch die übrigen nicht unberührt bleiben werden.

**Hörsbald a. A. (Oberst.)** Am 8. März hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Thomas Valentin, gab den Jahresbericht bekannt und preiste dabei die schlechte Wirtschaftslage, welche auch heuer nicht besser zu werden scheint. Der Kassenbericht des Kollegen Reinhardt wurde für gut befunden und ihm Entlastung erteilt. Kollege Schardt aus Kürnberrg erstattete Bericht über die laufenden Lohnverhandlungen, sowie über die am 22. Februar in Kürnberrg stattgefundene Konferenz. Die alte Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Als 1. Vorsitzender fungiert Kollege Thomas Valentin, als Kassierer Reinhardt, Kassier. Kollege Schardt schilderte nach die heutige Notlage, wobei die Preise für Lebensmittel, Schuhe und Kleidung noch viel zu hoch sind, hingegen der Bauer für seine Produkte nicht mehr erhält als vor dem Krieg. Der Punkt Verschiedenes galt besonders der Jugend.

**Wiesdorf.** Am 7. März veranstaltete unsere Ortsgruppe einen Familienabend zum Besten unserer erwerbslosen Kollegen. Der Vorsitzende, Kollege Steinbach, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren Familienangehörigen. Die heutige schwere Zeit mache es notwendig, die kollegiale Verbundenheit in unserer Gewerkschaftsmilie besonders zu betonen. Anschließend hielt Kollege Hilpisch (Kala) einen vortrefflichen Vortrag, welcher warmen Anklang fand. Nützliche Beiträge und eine Belohnung brachten die Geselligkeit zu ihrem Recht.

**Wormditt.** Am 8. März veranstalteten wir in Mien eine Werberversammlung. Kollege Klink hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über Zweck und Ziele der Arbeiterverbände und die große Gegenorganisation der Arbeitgeber, über die niedrigen Löhne der Arbeiter und die hohen Einkommen in manchen anderen Gruppen. Er betonte die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und besprach die Wirkungen der geplanten Herabsetzung der Löhne. Zum Schluß verwies er auch auf die gewerkschaftlichen Unterstützungsanstalten. Dann sprach Kollege Anton Böhm über die Entstehung der christlichen Gewerkschaften. Kollege Höhn beleuchtete soziale Theorie und Praxis in Sowjetrußland. In der regen Aussprache gaben die Kollegen Klink und Böhm noch verschiedene Auskünfte. Vorsitzender, Kollege Weßler, verpflichtete alle Kollegen zu eifriger Werbearbeit für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung.

**Dobersdorf.** Am 8. März hatten wir Generalversammlung. Die Kollegen waren vollzählig erschienen. Kollege Heilig (Neustadt O.-S.) sprach über die gegenwärtigen Notverhältnisse und die Arbeitslosigkeit. Solche Schicksalschläge sind uns erneuter Anlaß zum treuen Festhalten an unserem Verbands. Er beantwortete dann eine Anzahl Fragen über die Krisenunterstützung. Der Kassierer, Kollege Kozonit, gab den Kassenbericht über das Jahr 1930, der von den Revisoren für richtig befunden wurde. Trotz der großen Arbeitslosigkeit sind im vergangenen Jahre 17 Kollegen neu aufgenommen und 12 Uebertritte aus den freien Gewerkschaften bewerkstelligt worden. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege Heilig verwies bei seinem Dank für die Mitarbeit auf unsere besonderen Aufgaben in diesem Jahre, wo wir der Willkür der Unternehmer Halt zu bieten haben. An der Versammlung waren auch die Ortsgruppen Walsen und Twardawa beteiligt.

**Planig (Rheinheffen).** Unsere am 9. März in Planig stattgefundene Versammlung war der Auftakt zu unserer Frühjahrsarbeit. Kollege Jöbst aus Kreuznach sprach über Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sowie über die allgemeine Lage und die Lohnverhandlungen. Die Forderungen der Unternehmer von Kreuznach wurden auf das entschiedenste zurückgewiesen und betont, daß wir trotz Not der Zeit zum Kampfe bereit sind, weil wir um unsere Existenz und unser gutes Recht kämpfen.

Verschiedene Angriffe der Gemeindefinstanzen von Manig wurden scharfsten zurückgewiesen und Kollege Jöbst beauftragt, bei den maßgebenden Stellen wegen der ans Beleidigende grenzenden Ausführung an maßgebender Stelle Beschwerde zu führen. Es wurde beschlossen, an der geplanten Kundgebung in Hüffelsheim teilzunehmen.

### Bekanntmachung

Ausschneiden und aufbewahren!  
Für die Kollegen der Verwaltungsstelle Wuppertal.  
Achtung!  
Ab 1. April d. J. befindet sich unsere Geschäftsstelle nicht mehr Wittensteinstraße 44, sondern Wuppertal-Barmen, Moltkestraße 2a. Telefon-Nummer 52825.  
Der Verwaltungsstellenvorstand.  
J. U.: Bernh. Deppe.

### Sterbetafel

Am 14. März starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Bauarbeiter Hermann Borchers im Alter von 66 Jahren an Lungentzündung.

Verwaltungsstelle Münster i. W.

Am 14. März verstarb unser langjähriges Mitglied Johann Welling infolge eines Schlaganfalles im Alter von 58 Jahren. Ortsgruppe Frechen.

Am 14. März starb unser Kollege, der Maurer Franz Karrel, im Alter von 58 Jahren an schwerem Lungenleiden, er war Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle und langjähriger Kassenführer. Er war 26 Jahre lang Mitglied unseres Verbandes. Durch Pflichttreue und rege Mitarbeit in der Bewegung hat er sich Achtung erworben.

Verwaltungsstelle Aßlienen.

Unser langjähriges Mitglied Peter Dorisch ist am 13. März im Alter von 68 Jahren an Schlaganfall gestorben. Sein aufrichtiger, kollegialer Charakter werden ihm ein sicheres Andenken bewahren.

Verwaltungsstelle Alfenstein.

### Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inserenten d. Baugewerkschaft!

**Spezialfabrik für Berufskleidung**  
Große Lager in La Reken, echte Feinholzwasserwagen. Wegen Raumbeengung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung völlig unjunkt meine Preisliste ab. In Orten, wo nicht vertreten, Bestand an Bleistift sowie Messer, Bleistift 5, Breite Straße 44.

**WER**  
das praktische buntechnische Zeichnen und Rechnen erlernen will, wenn die Mittel zu dem jetzt so kostspieligen Besuch einer Bauschule fehlen, wer sich zum tüchtigen Polier und Bauarbeiter ausbilden will, wer sich auf die Meisterprüfung vorbereiten will, der findet hierzu in meiner auf langjährige praktischer und theoretischer Erfahrung aufgebauten Lehrmethode zu Hause Gelegenheit.  
Ohne Vorkenntnisse! Ohne Berufsstörung! Nähere Auskunft und Prospekt kostenlos. Otto Reims, Archt., Siegen i. W., Kosterstr. 32

**Radikaler Preisabbau!**  
Andere coden Wir bewachen durch unsere neuen Katalog, besonders Super Gerbilch Kassel 51

**Roman Greulich**  
Kleidermarkt  
BERLIN NO 43  
Gollnowstraße 12

**Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbauholz**  
Marke „Teakia“  
cm 30 40 50 60 70 75 80 90 100  
RM 2,30 2,60 2,85 3,15 3,45 3,60 3,90 4,- 4,30  
Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke.  
Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis.  
Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60

### Sparen ist das Gebot der Stunde!

Direkter Versand nur an Private!  
Nr. Sonderangebot, gültig nur kurze Zeit! Preis

- 57 Baumwollstuch, ungebleicht, feinfädige, haltbare Sorte, 140 cm breit. - 49
- 58 Körper-Hemdenstoff, schwere, außerordentlich haltbare Körper-Qualität, besonders harte Sorte, indanthrenfarbig gefärbt, 75 cm breit. - 52
- 59 Zeist, bessere, kräftige Sorte, weißgrundig mit farbig gestreift, auch buntgrundig gestreift, indanthrenfarbig, 80 cm breit. - 45
- 60 Kunstseiden-Kleiderstoff, einfarbig, schwarz, dunkelblau, weiß, hellgrün, hellblau, beige, rosa, flieder, bessere feine und weiche Sorte, 70 cm breit. - 85
- 61 Anzugstoff, reine Wolle, garantiert reines Kammgarn, nur einfarbig dunkelblau. Für die Güte dieses reinwollenen Anzugstoffes übernehme ich volle Garantie. 145 cm breit. 6.-
- 62 Komplettes Anzugfutter, das heißt sämtliche Futterzutaten zu einem vollständigen Herrenanzug, in bester Qualität. 9.25
- 63 Sporthemden, mit gleichfarbigen Kragen und Krawatten, aus sehr strapazierfähigem Zwirn-Sporthemdenstoff, blaugrundig, grüngrundig, braungrundig und lilagrundig, in den Halsweiten 35 bis 45 Stück. 3.45
- 64 Frauen-Schlaphosen, echt ägyptisch Mako, feine, schmiegsame bessere Sorte, für Sommer und Uebergangszeit, in allen Größen und Farben, Stück. 1.05
- 65 Frottierhandtuch, aus bestem Kränelstoff, in schönen Blumendruckern, vom Guten das Beste, infolge der Güte ganz besonders preiswert. Größe 58 x 110 cm Stück. 1.48
- 66 Betttücher mit Hohlraum, auch Bettlaken genannt, aus allerschwerstem Stuchstoff, das Beste vom Besten. Größe 150 x 200 cm Stück 3.- Größe 150 x 220 cm Stück 3.30
- 67 Damen-Taschentücher, weiß, mit Hohlraum, feinfädige, gute, sehr beliebte Sorte, 30 x 30 cm. 1/2 Duzend. - 58
- 68 Weißer Linon, mittelstarkfädig, kräftig, ganz dicht geschlossen, sehr gute Aussteuerstoffe, mit Leinwandglanz, 80 cm breit. Jede Bestellung wird in 3 Tagen erledigt! - 42

**Wäsche-Manufaktur Karl Joel**  
Kürnberrg 64 Kürberr Str. 2  
Sonderangebot: Was nicht an freit, nehme ich zum vollen Preis zurück  
Veränderungspreis pro Nachnahme 10 RM, ab 20 RM, postfrei